

Rede von Willy Brandt über die Außenpolitik der Bundesrepublik (Bonn, 25. Juni 1971)

Legende: Am 25. Juni 1971 legt Bundeskanzler Willy Brandt vor der Mitgliederversammlung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik die wichtigsten Achsen der bundesdeutschen Außenpolitik dar. Er betont vor allem die Bedeutung der Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Gemeinschaften, der Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten sowie der Entspannungspolitik in Europa.

Quelle: Europa-Archiv. Zeitschrift für internationale Politik. Hrsg. Cornides, Wilhelm. 1971, Nr. 13. Bonn: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik. "Aktuelle Fragen der deutschen Außenpolitik", auteur:Brandt, Willy , p. 437-442.

Urheberrecht: (c) Internationale Politik

URL: http://www.cvce.eu/obj/rede_von_willy_brandt_uber_die_außenpolitik_der_bundesrepublik_bonn_25_juni_1971-de-cd75be58-08ea-4738-bb0a-6aa0369afd66.html

Publication date: 03/07/2013

Aktuelle Fragen der deutschen Außenpolitik

Von Willy Brandt

Dies ist kein schlechter Zeitpunkt für Bemerkungen des Bundeskanzlers zur außenpolitischen Lage: zwei Entwicklungen von tiefgreifender Bedeutung laufen parallel. Beide sind geeignet, neue geschichtliche Phasen einzuleiten. Ich meine die Erweiterung der europäischen Gemeinschaft, und ich meine den Versuch, die Konfrontation zwischen Ost und West zu begrenzen oder sogar abzubauen.

Erweiterung und innerer Ausbau der Europäischen Gemeinschaft

Am Mittwoch früh (23. Juni 1971) ist in Luxemburg die Einigung über alle Modalitäten der Beteiligung Großbritanniens an der Arbeit der Gemeinschaft und damit über seinen Beitrag erfolgt. Dies ist ein Schritt von großer Tragweite. Die Erweiterung um die seit Jahren gestritten und gerungen wurde, nimmt nunmehr konkrete Formen an.

Niemand von uns wird die Hürden unterschätzen, die die britische Regierung innenpolitisch noch zu überwinden hat. Meine Einschätzung geht jedoch dahin, dass der Beitritt Englands nicht an den Engländern selbst scheitern wird. Jedenfalls wünsche ich den Befürwortern des Beitritts als Erfolg, dessen es im Interesse der gemeinsamen Sache bedarf.

Wer zurückdenkt an den Januar 1963 oder an den Dezember 1967, dem wird klar, daß wir es mit einem epochalen Durchbruch zu tun haben. Damit wird auch den drei anderen Bewerbern – Dänemark, Norwegen und Irland – der Weg in die Gemeinschaft geebnet. Aus dem Europa der Sechs wird ein Europa der Zehn. Das hat wirtschaftliche und politische Bedeutung zugleich.

Lassen sie mich bei dieser Gelegenheit auf die konstruktive Rolle hinweisen die die französische Regierung in dem Bemühen um eine Lösung der mit dem britischen Beitritt zusammenhängenden Fragen gespielt hat. Wir haben darüber manche freundschaftliche Auseinandersetzung gehabt. Jetzt sind die Würfel gefallen. Ich möchte alle beteiligten zu dem gemeinsam erzielten Ergebnis beglückwünschen, das nicht zuletzt auch durch die eindeutige europäische Orientierung der britischen Regierung ermöglicht wurde.

Jetzt, da der Beitritt Großbritanniens und der anderen in greifbare Nähe gerückt ist, besinnen sich manche darauf, daß die Erweiterung der Gemeinschaft nicht nur Vorteile, sondern auch neue Probleme mit sich bringen wird. Es ist sicherlich nicht leichter, zehn Staaten unter einen Hut zu bringen, als einen Konsensus unter sechs zu erreichen. Aber es gilt doch, nicht aus dem Auge zu verlieren, daß die Vorteile bei weitem überwiegen. Die Erweiterung wird die Gemeinschaft wirtschaftlich stärken, den sozialen Fortschritt fördern, ihr demokratisches Fundament festigen und ihr Gewicht in der Weltpolitik erhöhen.

Hier und da hat man lesen können, der britische Beitritt sei notwendig und möglich geworden, um eine deutsche Hegemonialstellung in der Gemeinschaft zu verhindern. Das ist Unsinn. Die Realitäten in Westeuropa dulden keinen Rückfall in die Denkkategorien des vorigen Jahrhunderts. Sie erfordern gleichberechtigte Partnerschaft.

Die Dynamik, die die Gemeinschaft nach einer Zeit des Stillstands neu entwickelt hat, zeigt sich auch in der Fähigkeit, ihren inneren Ausbau zielstrebig voranzutreiben. Nach der fristgerechten Vollendung der Zollunion hat sich die Gemeinschaft auf den Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion begeben, die in ihren wesentlichen Bestandteilen noch in diesem Jahrzehnt Wirklichkeit werden soll.

Die wirtschaftspolitische Harmonisierung ist, wie vom Ministerrat beschlossen, in diesen Tagen aufgenommen worden. Bei der vorgesehenen währungspolitischen Abstimmung hat es aus bekannten Gründen eine Verzögerung gegeben. Ich möchte jedoch deutlich machen, daß die vorübergehende Freigabe der Wechselkurse die gemeinsame Zielsetzung nicht beeinträchtigt. Wir haben unser eigenes Haus in Ordnung zu halten. Aber wir bleiben mit unseren Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaft und bemühen uns nachdrücklich um eine gemeinsame europäische Politik, gerade auch auf diesem wichtigen Gebiet.

Bemerkenswerte Fortschritte sind in den letzten Monaten in der politischen Zusammenarbeit erzielt worden. Die Partnerstaaten haben im November letzten Jahres — und zwar in der Perspektive der Erweiterung — begonnen, ihre Außenpolitik auf wichtigen Gebieten miteinander abzustimmen. Wir selbst und die anderen Regierungen müssen sich auf das neuartige Verfahren erst noch voll einstellen. Das gilt intern für die Mitglieder der Gemeinschaft. Es gilt auch nach außen, wenn die Gemeinschaft ihre Auffassung einheitlich zur Geltung bringen und dabei die Interessen anderer angemessen berücksichtigen will.

Unser Konzept, ein Europa der Realitäten zu schaffen, hat sich bewährt und führt zu Erfolgen. Wir haben seit der Konferenz in Den Haag eine Entwicklung in Gang bringen helfen, die nicht ideologisch überladen war, sondern praktische Ergebnisse ansteuerte. Dabei sind wir stets initiativ geblieben; das schrittweise Vorgehen hat sich als richtig erwiesen. Das Ziel einer europäischen Regierung, die auf den Gebieten gemeinsamer Politik handlungsfähig ist und deren Amtsführung parlamentarisch kontrolliert wird, haben wir keinen Augenblick aus den Augen verloren. Ich freue mich, daß ich in wenigen Tagen Gelegenheit haben werde, den Stand, die nächsten Schritte und die Perspektiven der europäischen Einigung mit Präsident Pompidou und Premierminister Chaban-Delmas besprechen zu können.

Die Vereinigten Staaten und Europa

Inzwischen stellen sich neue Aufgaben. Bei meinen Gesprächen in den Vereinigten Staaten in der vorigen Woche ist deutlich geworden, daß die westeuropäische Entwicklung dort viel Interesse findet, allerdings auch Sorgen hervorruft. Dies gilt nicht oder kaum für die Regierung, aber sonst begegnet man doch häufig der Frage, ob die Gemeinschaft sich nicht abschließen könnte, zum Nachteil der Außenstehenden.

Nun, man kann leicht nachweisen, daß sich die wirtschaftlichen Beziehungen der Vereinigten Staaten zur bestehenden Gemeinschaft gut entwickelt haben. Alles spricht dafür, daß sich dies durch die Erweiterung der Gemeinschaft jedenfalls nicht verschlechtern wird. Eine offene Handelspolitik liegt im europäischen Interesse.

Gerade im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten müssen unnötige Interessenkonflikte vermieden werden, und wo dies nicht möglich ist, gilt es, die Divergenzen zu mildern und auf ihr natürliches Maß zu reduzieren. Was an europäischer Zusammenarbeit gewonnen wird, darf an atlantischer Partnerschaft nicht verlorengelassen.

Es muss sachlich dargelegt werden, dass Vereinbarungen mit jenen EFTA-Ländern erforderlich sind, die nicht EG-Mitglieder werden. Mit einer Diskriminierung hat dies nichts zu tun. Wir können ja nicht neue Handelsbarrieren entstehen lassen. Komplizierter sind einige Aspekte, die sich aus Assoziierungen in anderen Teilen der Welt ergeben.

Unabhängig davon wird niemand übersehen können, daß das wachsende Europa auch eine wachsende weltpolitische Verantwortung zu übernehmen hat. Langfristig ist dies auch für die Vereinigten Staaten der wichtigste Ansatz, um zu einer Entlastung zu kommen.

Präsident Nixon ist an einer Stärkung der europäischen Komponente im Bündnis nach wie vor stark interessiert. Das vor einigen Monaten eingeleitete Programm zur Verbesserung der Sicherheit in Europa wird in seiner prinzipiellen Bedeutung gewürdigt. In dem Wunsche nach einer Ausgewogenheit der Leistungen im Bündnis begegnen sich die Interessen der Amerikaner mit den Interessen der meisten europäischen Partner. Aber als führende Schutzmacht sind die amerikanischen Verbündeten nicht zu ersetzen. Auch bleibt die Präsenz der amerikanischen Truppen unerlässlich für die gemeinsame Sicherheit im Bündnis.

Entspannung in Europa

Die amerikanische Regierung ist sich dieser Tatsache — die in der Öffentlichkeit und im Kongreß kontrovers erörtert wird — voll bewußt. Dies steht nicht im Widerspruch zu dem bemerkenswert starken

Eingehen auf den Versuch, das Verhältnis zwischen Ost und West wirksam zu entspannen.

Die Vereinigten Staaten werden mit der Sowjetunion weiter und vermutlich konkreter darüber verhandeln, wie die strategischen Abwehrwaffen und auch Offensivwaffen auf beiden Seiten begrenzt werden können. Im Atlantischen Bündnis haben die Konsultationen darüber begonnen, auf welche Weise das Gespräch über eine Reduktion der Streitkräfte in Ost und West begonnen werden soll. Die vier Mächte versuchen — unter unserer aktiven Mitwirkung — eine befriedigende und dauerhafte Berlin-Regelung zu erreichen. Die Außenminister der NATO haben in Lissabon Anfang dieses Monats auch die multilaterale Vorbereitung einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ins Auge gefasst.

Zwischen all diesen Fragen gibt es keine juristischen Abhängigkeiten. Aber es ist klar, daß die Lösung der einen Frage die Lösung anderer erleichtern würde. Und bei einem erfolgreichen Verlauf der Bemühungen auf mehreren Ebenen würde sich das Ost-West-Verhältnis in Europa entscheidend verbessert haben. Aber dies ist ein Vorgriff auf eine unbekannte Zukunft.

Bei meinen Gesprächen in den Vereinigten Staaten bin ich keiner Kritik an unserem Bemühen begegnet, unser Verhältnis zur Sowjetunion und zu den anderen Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts zu normalisieren und zu verbessern. Selbstverständlich gibt es auch andere Meinungen. Aber offensichtlich geht man stärker als früher davon aus, daß sich die Politik der Bundesregierung im Einklang befindet mit dem allgemeinen Interesse an Entspannung und gesichertem Frieden.

Entspannungspolitik wurde von unseren Partnern ja bereits zu einer Zeit in Gang gesetzt, als für die Bundesrepublik noch die Meinung vertreten wurde, die deutsche Frage sei bei Fortdauer des Kalten Krieges lösbar. Die beiden Weltmächte begannen dann als Folge des in etwa erzielten Gleichstandes der Rüstungen damit, ihr Verhältnis zueinander auf der Basis eines Modus vivendi neu zu ordnen. Daraus musste auch die deutsche Politik früher oder später Konsequenzen ziehen. Und es stellte sich die Frage, ob wir uns von unseren Partnern ins Schlepptau nehmen lassen oder ob wir — in Abstimmung mit ihnen — eigene Initiativen entwickeln sollten. Für diesen Weg haben wir uns entschieden.

Daß diese Entscheidung richtig war, dafür gibt es meines Erachtens schon jetzt Anhaltspunkte, auch wenn die Verträge von Moskau und Warschau noch nicht rechtswirksam werden konnten. Das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland hat sich in den vergangenen Monaten spürbar verändert. Wir haben dies auch in den Ausführungen bestätigt gefunden, die Generalsekretär Leonid Bresnjew am 16. Juni 1971 in Ost-Berlin gemacht hat. Ich möchte meinen Teil dazu beitragen, daß diese Entwicklung nach der Ratifizierung der Verträge weiterhin gefördert wird. Dies wird nicht nur für die Beziehungen zwischen uns und der Sowjetunion von Bedeutung sein, sondern auch positive Auswirkungen auf die allgemeine Entwicklung zwischen Ost und West in Europa haben.

Auch zwischen uns und Polen ist das Gespräch leichter geworden. Die Deutschen, die in den vergangenen Monaten heimkehrten, bergen eine wichtige Last in ihrem sonst so mageren Gepäck: die Kenntnis von den polnischen Menschen, die in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße Wohnstatt gefunden haben und die den Frieden ebenso brauchen wie wir.

Ein besonderes Wort gebührt unserem Verhältnis zu dem deutschen Land zwischen Elbe und Oder, der DDR. Auch sie ist ein Teil jenes Europa, das den Frieden und die Überwindung der Gräben braucht. Die DDR kann sich diesem generellen Trend ebenso wenig entziehen, wie es möglich wäre, sie künstlich aus der Entspannung heraushalten zu wollen. Sie ist ein Faktor in der politischen Landschaft Europas, den wir zu berücksichtigen haben und den wir auch zu berücksichtigen bereit sind.

Wir haben mit Aufmerksamkeit die Verhandlungen des VIII. Parteitags der SED verfolgt, die ebenso wie die dort gefassten Beschlüsse Aufschluß über die politische Linie der neuen Führung geben. Ich bin der Meinung, daß die notwendige ideologische Abgrenzung zwischen den miteinander unvereinbaren gesellschaftlichen und politischen Systemen hüben und drüben kein Hindernis zu sein braucht bei den Bemühungen, zu einer vernünftigen und friedlichen Gestaltung des Nebeneinander dieser beiden Staaten zu gelangen.

Die Unterschiede, die uns trennen, so tiefgreifend sie sind, rechtfertigen es nicht, daß der Weg zur Entspannung und zum gesicherten Frieden auch nur einen Tag aufgehalten wird. Es ist an der Zeit, daß die beiden Regierungen über die Regelung der Beziehungen der beiden Staaten zueinander sprechen, damit sie einen Baustein zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa liefern und auch das Friedenswerk der Vereinten Nationen fördern können.

Die Verhandlungen der vier Mächte in Berlin machen Fortschritte. Das Ergebnis der Nato-Tagung in Lissabon hat völlige Einmütigkeit der westlichen Seite in der Zielsetzung gezeigt: Die Verbündeten teilen die Ansicht, „daß es das Ziel der Verhandlungen ist, auf festen Verpflichtungen beruhende spezifische Verbesserungen ohne Beeinträchtigung des Status von Berlin zu erreichen“. Konkret ist mit Verbesserungen gemeint: unbehinderter Personen- und Güterverkehr, mehr Bewegungsfreiheit für die Bewohner West-Berlins und nicht zuletzt Respektierung der Bindungen zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik.

Wir werden entschieden und geduldig dafür eintreten, daß diese Ziele verwirklicht werden. Vieles andere hängt davon ab.

Verminderung der militärischen Konfrontation

Die Entspannung in Europa muß natürlich unbefriedigend bleiben, wenn es nicht gelingt, neben der Verbesserung der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Beziehungen auch eine Verminderung der militärischen Konfrontation zu erreichen. Die Anhäufung von Truppen, Kriegsgerät und atomarem Vernichtungspotential in Europa ist einmalig in der Welt. Dieser Zustand ist gefährlich, er ist auch kostspielig.

Solange die Verhältnisse sich nicht grundlegend gewandelt haben, wird es für unsere Partner und für uns nötig sein, gemeinsam geeignete militärische Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Das sollte aber und wird auch nicht dem energischen und beharrlichen Versuch entgegenstehen, ein Gleichgewicht der Rüstungen auf einem niedrigeren, weniger gefährlichen und weniger kostspieligen Niveau zu finden.

Im Frühsommer 1968 — vor drei Jahren also — hat die Außenministerkonferenz der Atlantischen Allianz — unter meiner Mitwirkung — zum Thema des beiderseitigen und ausgewogenen Abbaus der Truppenstärken das „Signal von Reykjavik“ formuliert. Das Bündnis ist darauf mehrfach zurückgekommen. In den letzten Wochen hat es nun seitens der Sowjetunion ein Echo gegeben. Das gilt es auszuloten.

Hier liegt die nächste große Aufgabe nach Berlin, mit der Entspannung in Europa weiterzukommen. Die Stellvertreter der Außenminister der NATO-Staaten werden im Herbst zusammentreffen, um das Ergebnis der laufenden Sondierungen zu prüfen und die weiteren Schritte zu beraten.

Über die Kompliziertheit sollte sich niemand im Unklaren sein, zumal an den langwierigen Verhandlungen nicht nur zwei Supermächte, sondern eine Mehrzahl von Staaten auf beiden Seiten beteiligt sein würden. Unbeschadet solcher Überlegungen bleibt der Beschluß des NATO-Rats von Rom im Mai vorigen Jahres gültig, nach dem beiderseitige Truppenvermindernungen mit den lebenswichtigen Sicherheitsinteressen des Bündnisses vereinbar sein müssen, sich nicht zum militärischen Nachteil einer Seite auswirken dürfen und die Unterschiede, die sich aus der geographischen Lage und sonstigen Faktoren ergeben, zu berücksichtigen haben.

Eine Schlußbemerkung: Das politische Gewicht der Bundesrepublik Deutschland hat nicht Schaden gelitten, sondern es ist gewachsen, aber dies ist für niemanden Grund zur Sorge oder Furcht. Ihre Verantwortung ist gestiegen, aber es ist eine zusätzliche Verantwortung für die Sicherung des Friedens.

Wir kennen unseren Platz. Ich meine zu wissen, was möglich ist und was nicht. Wir müssen immer wieder das rechte Maß finden, was in unserer Geschichte zu oft zu schwer gefallen ist. Eine Bundesrepublik Deutschland, die in sich ruht, konsolidiert, gefestigt nach innen, sicher im Schutz des Bündnisses, eingebettet und verantwortlich mitgestaltend in einer prosperierenden Europäischen Gemeinschaft — dies wird ein starker Faktor des Friedens in Europa sein.